



# Erlanger Rot

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Erlangen

DKP

## „Das wirft Hoffnungen auf links-sozial-ökologische Bewegungen auf.“

### Interview mit den Stadtratsmitgliedern der „erlanger linke“ Fabiana Girstenbrei und Johannes Pöhlmann zu ihrer Situation, ihrer Politik und ihren Hoffnungen

Die erlanger linke (erli) ist wieder mit zwei Abgeordneten im Stadtrat vertreten. Ein außerordentlich engagierter Wahlkampf hatte Forderungen nach mehr Demokratie, sozialer Gerechtigkeit und kommunalem Klimaschutz in den Mittelpunkt gerückt. Im Ergebnis wurde ein Zuwachs von knapp 11.000 Stimmen erzielt. Zum zweiten Mal zieht der Softwareentwickler Johannes Pöhlmann für die erli in den Stadtrat, neu dabei ist die Studentin Fabiana Girstenbrei, alleinerziehende Mutter einer vierjährigen Tochter. Wir haben mit beiden gesprochen. Das Interview führten Isa Paape und Hans Hoyer.

**Frage** *Zunächst einmal Gratulation zum guten Wahlergebnis der erli und zur Verteidigung der beiden Sitze im Erlanger Stadtrat! Fabiana, du bist erstmals Stadträtin, und das gleich in einer Großstadt mit vielfältigen Herausforderungen. Auf welche politischen Schwerpunkte möchtest du dich in den kommenden Jahren konzentrieren?*

**Fabiana Girstenbrei** Sozialpolitik ist mir besonders wichtig. Da ich selbst Sozialhilfe empfangen weiß ich wie hart es ist mit wenig Geld zurecht zu kommen und wie wenig die Betroffenen oft selbst für ihre Situation können. Erlangen ist eine sehr wohlhabende Stadt mit viel



Fabiana Girstenbrei

Gewerbe. Das Geld aus den Gewerbesteuererträgen kann man sehr gut zugunsten des nicht so wohlhabenden Teils der Bevölkerung einsetzen.

**Frage** *Hast du dazu schon konkrete Überlegungen?*

**Fabiana Girstenbrei** Ja, ich möchte einen Antrag auf eine städtische „Erlangen-Zulage“ für Pflegefachkräfte stellen. Sie sind eine der wichtigsten Säulen in der Gesellschaft und können sich die hohen Mieten in Erlangen kaum leisten. Außerdem könnte man die Preise des ÖPNV in Erlangen so weit senken, dass sie unter dem berechneten Sozialhilfe-Bedarfsatz liegen.

**Frage** *Neun Gruppierungen sind im neuen Stadtrat vertreten. Die demokratische Opposition, zu der wir die AfD ausdrücklich nicht rechnen, ist also recht bunt. Fabiana, welche Rolle wird denn die erli in dieser Gemengelage spielen?*

**Fabiana Girstenbrei** Wir sehen uns mit Abstand am politischen linken Rand des Stadtrats. Aus der Opposition heraus kämpfen wir für eine linke Stadtpolitik. Das unterscheidet uns von den anderen Oppositionsparteien. Was uns mit der ÖDP, der GL und der Klimaliste verbindet sind definitiv die ökologischen Ziele.

Fortsetzung Seite 2

#### **Was steht noch in diesem Erlanger Rot?**

**Wichtiger Erfolg des Aktionsbündnisses „Gedenken gestalten- Hupfla erhalten, S. 3 / 1. Mai in Erlangen, Rede und Leserbrief, S. 5-7 / Kundgebung zum Einzug der AfD in den Stadtrat, S.8 / BRD-Rüstung durchbricht 50-Milliarden-Schallmauer, S. 5 / Reichtum gemeinnützig, S. 5**

**Frage** Johannes, du bist wiedergewählt, findest aber eine sehr veränderte Situation im Stadtrat vor. SPD und CSU haben mit ihrer sehr knappen Regierungsmehrheit von 26 Stimmen eine Situation geschaffen, in der die Gefahr besteht, dass sich die AfD als Zünglein an der Waage aufspielen könnte. Lässt sich eine solche Situation politisch verhindern?

**Johannes Pöhlmann**

Es gibt - anders als in Höchststadt - keine Pattsituation. SPD + CSU haben die Mehrheit. Die Mehrheiten geben Spielchen a la Thüringen nicht her. Eine Partei wie die „Alternative für Reiche“, die Faschisten in Führungspositionen wählt, ist für uns nicht politischer Gegner, sondern Feind. Wir sind zuversichtlich, dass auch für die anderen demokratischen Gruppen im Stadtrat eine Zusammenarbeit mit dieser fünften Kolonne der Superreichen in keiner Form in Frage kommt.

Wenn es aber zu den o.g. Pattsituationen kommt, etwa weil Jemand krank ist, dann ist es Aufgabe der Regierung, im transparenten Dialog mit demokratischen Oppositionsparteien eine Lösung zu suchen.

**Frage** Offensichtlich ist es notwendig, die rassistische und soziale Demagogie der rechtsextremen Kräfte zurückzudrängen. Siehst du dafür Handlungsansätze in Erlangen?

**Johannes Pöhlmann** Rassistische und soziale Demagogie ist ja kein Privileg dieser faschistoiden Partei AfD. Da gibt es in der deutschen Geschichte genug Beispiele von Sarrazin (SPD) bis zu Stoiber (CSU), der 1988 den Begriff „durchrasste Gesellschaft“ benutzt hat. Soziale Demagogie nutzt echte Probleme der arbeitenden Klassen, um sie zu spalten, oder ihren Zorn auf Sündenböcke zu

lenken (Ausländer, Arbeitslose, Moslems und unfassbarer Weise immer noch gegen Juden). Dagegen wird bürgerlicher Antifaschismus nicht reichen. Um mit dem



Sozialphilosophen Max Horkheimer zu sprechen: „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen“. Wir brauchen eine soziale Offensive, die die Lebensbedingungen des am meisten benachteiligten Drittels der Menschen in Erlangen spürbar verbessert.

**Frage** Fabiana, welchen Stellenwert haben denn für dich Bürgerinitiativen oder Organisationen, die außerhalb des Parlaments für ihre politischen Anliegen kämpfen und oftmals darauf angewiesen sind, im Stadtrat Gehör zu finden?

**Fabiana Girstenbrei** Die Arbeit im Stadtrat gestaltet sich oftmals äußerst trocken. Außerparlamentarisches ist dagegen sehr erfrischend. In der Arbeitsgemeinschaft Gesundheit und Pflege mache ich zusammen mit anderen Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern der Partei DIE LINKE durch verschiedene Aktionen auf den erschreckenden Zustand profitorientierter und teilweise privatisierter Krankenhäuser aufmerksam. Wir wollen, dass Menschen die in so wichtigen Be-

rufen wie der Pflege, sowohl anständig bezahlt als auch angemessene Arbeitsbedingungen vorfinden. Außerdem stehen wir in Kontakt mit ver.di am Uniklinikum Erlangen. Die erli wird sich mit mir – ganz traditionell - die nächsten 6 Jahre gemeinsam mit allen Gruppen, Initiativen und Bewegungen, die unsere Ziele teilen für eine soziale, ökologische, solidarische und demokratische Stadt einsetzen.

**Frage** Im letzten Erlanger Rot haben wir die Stimmen der Wähler\*innen mal nachgezählt und festgestellt, dass das demokratische, linke, sozial und ökologisch orientierte Lager deutlich gewachsen ist. Denkt ihr, dass sich dieses Spektrum als Netz-

werk von politisch aktiven und interessierten Bürgerinnen und Bürgern etablieren könnte?

**Johannes Pöhlmann** Ja, dafür gibt es bereits Beispiele. Die Landesgartenschau wurde durch aktive BürgerInnen verhindert. In einem Bürgerentscheid haben 2/3 der ErlangerInnen dieses Projekt zu Fall gebracht, gegen 88% des Stadtrates. Wir haben unseren Teil dazu beigetragen. Janik wird mit seiner gar nicht so großen Koalition nicht „Durchregieren“ können. Wenn die sozialen und ökologischen Initiativen in diesem Spektrum auf ihre eigene Kraft vertrauen, können sie den Stadtrat unter Druck setzen. Wir machen uns gerne als einer von mehreren parlamentarischen Armen dieser Bewegungen nützlich.

**Fabiana Girstenbrei** In der konstituierenden Sitzung haben wir erstaunlich oft zusammen mit der GL, KL und ÖDP gestimmt. Das wirft Hoffnungen auf links-sozial-ökologische Bewegungen auf.

Vielen Dank für das Gespräch. Euch beiden einen guten Start als Stadträt\*innen!

## Wichtiger Erfolg des Aktionsbündnisses „Gedenken gestalten - Hupfla erhalten“

Durch die Arbeit des Aktionsbündnisses und die der Denkmalschützer, vor allem von H. Rottmann und seine Petition vom Herbst 2019 ist erreicht worden, dass eine neue Variante des Erhaltes der alten Hupfla vorliegt und die Uni eine Alternativplanung entwickelt. Grundlage dafür ist ein Vollzugsbericht des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst im Bayerischen Landtag zur aktuellen Entscheidung über das Hupfla-Gebäude.

Einen gewichtigen Anteil daran hatte auch der Erlanger Bernd Nürnberger, führendes Mitglied im Erlanger Heimat- und Geschichtsverein. Es soll jetzt eine weit größere Lösung geben als den besagten Stummel, mit dem die Stadt Erlangen und die Uni die Erlanger\*innen abspeisen wollte.

Bei dem jetzigen Vorschlag soll der vorspringende Mittelteil („Mittelrisalit“) erhalten bleiben sowie rechts und links davon 15 Meter (siehe senkrechte Linien im Foto). Allerdings ohne die beiden noch weiter außen liegenden vorspringenden Seitenteile („Seitenrisaliten“).



### Der zentrale Mittelrisalit sowie Anteile des Ost- und Westflügels bleiben erhalten

neue Bauplanungen vorlegen wollen, bei der sie den Platz der beiden vorspringenden Seitenteile nicht mehr bräuchten. So wäre bei einer Schaffung eines Gedenkortes, wie ihn das Aktionsbündnis anstrebt, mehr Platz vorhanden für ein angemessenes Dokumentationszentrum. In dem oben erwähnten Vollzugsbericht heißt es entgegen der bisherigen Meinung der Stadt und der Uni, die davon nichts wissen und anfänglich alles abreißen wollten: „Im erhaltenen Gebäudekomplex könnte neben einem angemessenen Gedenkort zusätzlich eine thematisch passende neue Professur für Zeitgeschichte der Medizin untergebracht werden.“ Diese Forderung entspricht im Prinzip einer Forderung des Aktionsbündnisses.

Das Aktionsbündnis hat für Erhalt der Hupfla als Gedenkstätte für die Opfer der Euthanasie Tausende Unterschriften gesammelt und viele Protestaktionen organisiert. Es hat sich gelohnt.

Jetzt können die Opfer der Euthanasie einen Gedenkort und deren noch lebenden Angehörigen ihren Platz zum Trauern bekommen.

Die Auseinandersetzung, was in das Gebäude konkret hineinkommt, beginnt aber erst, betont das Aktionsbündnis. Es sei ein wichtiges Zwischenergebnis.

Und wieder zeigt sich: Sich nur auf den Stadtrat zu verlassen, führt oft in die Irre. Geschenkt bekommt man\*frau nichts. Es sei denn, man\*frau nimmt seine Interessen selbst in die Hand. Nur das Engagement vieler Erlanger Bürger\*innen zusammen mit dem Aktionsbündnis „Gedenken gestalten - Hupfla erhalten“ und deren Durchhaltevermögen konnten diesen Etappensieg möglich machen.

*Hans Hoyer*

## BRD-Rüstung durchbricht 50-Milliarden-Schallmauer

45,1 Milliarden Euro weist die Bundesregierung im Haushalt 2020 für „Verteidigung“ aus – 4,4 % mehr als im Vorjahr; der Gesamtetat steigt nur um 1,6 %. Doch es ist nur die halbe Wahrheit. Die Bundesregierung trickst und versteckt zunehmend rüstungsrelevante Posten in anderen Einzelplänen.

Und meldet die höheren „Verteidigungsausgaben nach NATO-Kriterien“ ins NATO-Hauptquartier nach Brüssel. Berechnet nach NATO-Kriterien kommen für 2020 noch

Verkehr/Digitales. Für Militär und Rüstung gibt der Bund mehr aus als für Bildung und Forschung (18,3 Mrd.), Gesundheit (15,4 Mrd.) und



über fünf Milliarden Euro zum Wehretat dazu, womit die Rüstungsausgaben Deutschlands erstmals die Schallmauer von 50 Milliarden durchbrechen: 50,32 Milliarden Euro. Das entspricht einer Steigerung gegenüber dem vorjährigen Militäretat nach NATO-Kriterien von 6,4 %.

Der Rüstungsetat ist der zweitgrößte Einzeletat im Bundeshaushalt. Jeder siebte Euro aus der Bundeskasse wird für Wehr und Waffen ausgegeben (gesamter Bundeshaushalt: 362 Mrd. Euro). Erst mit großem Abstand (31 Mrd. Euro) folgt an dritter Stelle

Familien/Senioren/Frauen/Jugend (12,1 Mrd.) zusammen: 45,8 Mrd. Euro. Rechnet man beim größten Etatposten „Arbeit und Soziales“ den Bundeszuschuss zur Rentenversicherung heraus – in diesem Jahr ziemlich genau 100 Mrd. Euro – dann toppt der Rüstungsetat sogar den Sozialetat.

Der eigentliche Rüstungswahnsinn aber kommt erst noch: Mit dem Festhalten am 2 %-NATO-Ziel, neuen gigantischen Waffenprogrammen (FCAS, neue Kampfpanzer, Marinerüstung), kriegsnahen Manövern und verstärkten Auslandseinsätzen (da-

zu: Lühr Henken, Zur Explosion deutscher Militärausgaben ..., isw-Newsletter Febr. 2020). Wäre das 2 %-Ziel (vom BIP) bereits in diesem Jahr umgesetzt, müssten fast 70 Milliarden für die Bundeswehr ausgegeben werden. Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer will es bis 2031 erreichen.

Es käme dann ein gestiegenes BIP als Bezugsgröße hinzu. Selbst wenn man den jährlichen BIP-Zuwachs nur mit mageren 1,5 % ansetzt, käme man auf ein BIP von knapp 4.100 Mrd. Euro: Zwei Prozent davon wären etwa 82 Mrd. Euro. Unvorstellbar!

*Fred Schmid, isw-wirtschaftsinfo Nr. 57*

## Reichtum gemeinnützig

Schon mal Joe Kaeser am Sparkassenschalter getroffen? Oder hinter Maria Elisabeth Schaeffler am Geldautomat angestanden? Nein? Das isw berichtet im aktuellen Wirtschaftsinfo, warum wirklich Reiche nicht in der Otto-Normalo-Bankfiliale zu finden sind. Milliardäre bringen ihr Geld zur Vermehrung nicht auf die Bank, sie haben eine Bank. Die nennt sich Family Office, bei der „Magier des Geldes“ den ganzen Globus nach Anlagemöglichkeiten absuchen. „200 Familien beschäftigen in Deutschland ein solches Institut, das nur allein für sie da ist. 900 weitere Familien vertrauen einem „Multi Family Office“, das bis zu 30 Kunden dient. Das teilt der „Verband unabhängiger Family Offices e.V.“ mit – ein gemeinnütziger (!) Verein.“ (Stern, 14.3.19)

# Erlangen - Der 1. Mai im Corona-Notstand

Auf den nächsten drei Seiten dokumentieren wir Beiträge von der und zur 1. Mai-Kundgebung 2020 auf dem Neustädter Kirchplatz

## Rede von Isa Paape auf der Kundgebung zum 1. Mai

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich rede heute nicht über die Corona-Krise, sondern über ein mindestens ebenso drängendes Krisenphänomen – die Klimakrise. Der Rauch brennender Wälder, der in die Städte zieht, bringt uns wieder ins Bewusstsein, dass der Klimawandel bereits Realität ist. CO<sub>2</sub>-Reduzierung und Begrenzung der Erderwärmung erfordern unsere Aufmerksamkeit jetzt. Das heißt auch: Die Umstellung der Energieerzeugung auf nicht fossile Energieträger bleibt eine Aufgabe, die wir nicht aufschieben können, bis die Corona-Krise, die beginnende wirtschaftliche Rezession und die weltweite Staatsschuldenkrise durchgestanden sind. Ganz im Gegenteil muss das „neue Normal“ deutlich anders aussehen

Ich bin beschäftigt bei Siemens Gas and Power im Energieanlagenbau. In dieser Branche, nicht nur in dieser Branche sind die Konzernvorstände in einer blöden Situation. Die Aufträge für den Bau von Kohle- oder Atomkraftwerken gehen zurück, Umsätze und Gewinne in diesem einst so profitträchtigen Markt sinken kontinuierlich, auch weil der Wettbewerb zunimmt. Um

tiert werden will. Siemens und andere Unternehmen sind schon dazu übergegangen, die eigenen Aktien aufzukaufen, nur um mit dem vielen Geld überhaupt etwas halbwegs Sinnvolles anzufangen. Sie stützen mit den Rückkäufen den Kurs der eigenen Aktien. Möglicherweise würden die Vorstände sogar in alternative, nicht-fossile Energieerzeugung investieren, aber lohnt sich das? Und wo genau sind die Alternativen?



Die Politik lässt vieles im Unklaren, ja, die Regierung kann sich kaum dazu entschließen, wenigstens die Kohlemeiler alle vom Netz zu nehmen! erinnert euch: Vor einigen Jahren verkündete Kanzlerin Merkel noch, in Deutschland würden 2020 schon eine Million E-Autos fahren. Daraus wird nichts. Heute sieht es eher so aus, als würden wir die Nati-

Kosten zu reduzieren, werden weltweit Kapazitäten abgebaut, Personal entlassen, Betriebe geschlossen.

Gleichzeitig sitzen die Aktiengesellschaften auf Bergen von Geld, das gewinnbringend inves-

on der E-Bike-Fahrer\*innen, was ja auch nicht schlecht wäre. Mit der Macht der Pedale zeigen wir der Regierung, wie gut Mobilität und Umweltschutz zusammenpassen können.

Oder nehmen wir das Projekt „Desertec“ als weiteres Beispiel für das Zögern der Politik. Die Idee, aus in Nordafrika aufzubauenden Solarparks den Strom für Europa zu ernten, ist bis heute nichts geworden. Möglicherweise erlebt das Projekt derzeit eine Renaissance in der Variante Power-to-X. Dabei würde der Solarstrom vor Ort zunächst in einen speicherbaren Energieträger wie beispielsweise Wasserstoff gewandelt, um dann nach Europa transportiert zu werden. Aber ob das so kommt? Und ob sich die Investitionen für profitieriger Unternehmen lohnen? Tja, die Manager milliardenschwerer Konzerne befinden sich in einer blöden Lage. Investieren oder nicht investieren – das ist hier die Frage.

Für uns Beschäftigte aber ist die Situation nicht nur blöde, sondern zunehmend dramatisch. Allein in Erlangen sind vom Siemens-Vorstand im Energieanlagenbau in den vergangenen Jahren 1.500 Arbeitsplätze zerstört worden, bei Framatome dürfte die Jobvernichtung bald eine ähnliche Größenordnung erreicht haben. 3.000 Arbeitsplätze unwiederbringlich verloren, ohne dass sich irgendjemand aus der Kommunal- oder Landespolitik dafür interessiert hätte! Die Verteidigung der Arbeits- und Ausbildungsplätze überlässt man ganz allein den Beschäftigten und ihren Betriebsrät\*innen sowie der Gewerkschaft IG Metall.

Und jetzt kommt auch noch der Siemens Campus. Ihr kennt vielleicht die Bilder dieses neu geplanten Standorts im Süden der Stadt aus Hochglanzbroschüren und Powerpoint-Folien. Der erste Bauabschnitt steht ja schon, und

Fortsetzung von Seite 5: 1. Mai

wer sich die mega-langweiligen Büroklötze schon mal aus der Nähe angesehen hat, ist einigermaßen ernüchtert. Was aber viel schlimmer ist als die öde Großtuererei der Architektur, ist ihre Unbrauchbarkeit für den Industriebetrieb. Ich muss euch das erklären, weil viele nicht wissen – und auch nicht wissen können, was wir da eigentlich treiben. Das gesamte Gebiet ist der Öffentlichkeit nicht zugänglich, mit ho-

ohne uns, ohne rund Zehntausend Kolleginnen und Kollegen, die tagtäglich an der Sicherheit und Zuverlässigkeit der Stromversorgung arbeiten.

Werden die Pläne für den Siemens Campus wie geplant umgesetzt, werden die Betriebe verschwinden, ins Umland oder Ausland verlagert, übrig bleiben Bürohochhäuser, die nur für sehr begrenzte Arbeiten wirklich tau-



hem Zaun umgeben und kamera-überwacht.

Wir planen Kraftwerke und Kraftwerkskomponenten, also etwa Turbinen, wir planen und steuern den Bau von Schaltanlagen und Stromübertragungsanlagen. Das Spektrum der Tätigkeiten reicht von der Forschung und Entwicklung über Netzsimulationen und Tests bis hin zum Aufbau von Steuerungsanlagen und Fernwartung ganzer Kraftwerke. Um diese Aufgaben erfüllen zu können, verfügt das Gelände über Lagerhallen und Werkstätten, Labore und Tausende Quadratmeter Testflächen für Steuerungsanlagen. Der Standort verfügt auch über ein europaweit einmaliges Simulationslabor für Störungen in Nuklearkraftwerken. Die ganze Ausstattung aber wäre nichts wert

gen.

Für die Betriebe und unsere Arbeitsplätze aber brauchen wir eine Perspektive. Weil wir Energieversorgung sicherstellen wollen, weil wir Störungen in Kraftwerken verhindern wollen, weil wir die industriellen Kapazitäten und unser Know-How brauchen auch für den Umbau der Stromerzeugung. Ich gehe davon aus, dass wir schon sehr bald eure Solidarität brauchen für die Verteidigung unserer Arbeitsplätze und der zukünftigen Energieversorgung. Wir zählen auf euch!

Danke schön.

Isa Paape, IG Metall-Vertrauensfrau und Betriebsrätin

 Die **DKP** - Erlangen trifft sich regelmäßig **2 mal monatlich.**

Unsere Adressen:  
[info@dgp-erlangen.de](mailto:info@dgp-erlangen.de)  
[www.dgp-erlangen.de](http://www.dgp-erlangen.de)

DAS ORIGINAL: DER ROTE KANAL AUF YOUTUBE  
 **KOMMUNISTEN.TV**

Wichtige Adressen

Erlanger Sozialforum  
[www.erlanger-sozialforum.de](http://www.erlanger-sozialforum.de)

Erlanger Bündnis  
für den Frieden  
[www.frieden-erlangen.de](http://www.frieden-erlangen.de)

Friedenspolitischer Ratschlag  
Kassel  
[www.friedensratschlag.de](http://www.friedensratschlag.de)



# Erlangen - Der 1. Mai im Corona-Notstand



## Leserbrief von Werner Lutz in den Erlanger Nachrichten

Maikundgebung in Corona-Zeiten. Der bayerische DGB-Vorsitzende Matthias Jena hat es nachvollziehbar begründet, warum die diesjährigen Maikundgebungen auf den Plätzen und Straßen Deutschlands ausfallen mußten. Großdemonstrationen wären völlig unmöglich gewesen wegen des Ansteckungsrisikos durch den Corona-Virus. Nichtsdestotrotz hat diese Absage Tausende von Gewerkschaftskollegen zu recht nicht abgehalten, dann eben in vielen Städten Deutschlands an Maikundgebungen in kleineren Maßstäben teilzunehmen. Diese fanden – wie auch in Erlangen - nach den Auflagen des Versammlungsrechts statt und unter Einhaltung der Corona-Schutzregelungen.

In Erlangen hatte dazu ein Kreis von aktiven Gewerkschaftsfunktionären und Betriebsräten aufgerufen. Über fünfzig Menschen (die erlaubte Größenordnung) nahmen an der einstündigen Kundgebung teil. Bei den Reden ging es u.a. um die Situation der Pflegekräfte in der Uni-Klinik, um die Energiewende und den Arbeitsplatzabbau bei Siemens, um die fehlende tarifliche Absicherung bei den städt. Bühnen. Es waren kritische und kämpferische Beiträge, wie sie auf einer Kundgebung an diesem 1. Mai im Corona-Jahr 2020 gebraucht werden. Zahlreiche ausländische Kollegen waren dabei - leider war versäumt worden, sie mit ihren be-

rechtigten Forderungen zu Wort kommen zu lassen.

Kurzum: es war eine solidarische und erfolgreiche Maikundgebung in Erlangen, die zu der zentralen bundesweiten Online-Kundgebung des DGB nicht in Konkurrenz stand, sondern eine wichtige Ergänzung war - vorbereitet von Gewerkschaftern an der Basis.

Übrigens ist es mit Blick auf manche Bürgerrechte, die in der Corona-Krise eingeschränkt oder auf die Seite gelegt wurden, für uns Bürger nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, diese wieder auszuüben und neu zu beleben – so auch das Versammlungsrecht.

## Leserbrief auf der Seite der online-Berichterstattung der EN: Bockfon schrieb am 01.05.2020, 18:21

Liebe KollegInnen, ich bin ver.di-Mitglied, MAV-Vorsitzender einer Altenpflegeeinrichtung und Kommunist. Ich habe den heutigen 1. Mai in Erlangen auf dem Neustädter Kirchplatz begangen.

Dort habe ich viele aktive GewerkschaftskollegInnen der Basis aus den unterschiedlichsten Branchen und Betrieben Erlangens getroffen, auch viele KollegInnen "mit Migrationshintergrund"

Ich habe durchaus Verständnis dafür, dass sich eine Großorganisation wie der DGB schwer damit tut, einen eingeschlagenen Kurs auf die tagesaktuellen Begeben-

heiten und Möglichkeiten anzupassen.

Dass der Corona-Shutdown nicht von Ewigkeit sein wird, hat sich kurz nach Ostern mit der "Öffnungs-Debatte" für Einzelhandel, Schulen, ... abgezeichnet. Auch waren zu dem Zeitpunkt einfach einzuhaltende Regeln, Abstand und Mund-Nase-Bedeckung tragen, bekannt und praktikabel.

Der DGB lebt nicht zuletzt von dem Engagement der einzelnen KollegInnen vor Ort, in den Betrieben, Erwerbsloseninitiativen, antifaschistischen Bündnissen, ....

Sie sind es gewohnt, auf tagespolitische und sonstige Veränderungen flexibel zu reagieren/reagieren zu müssen. Genau diese Initiative haben wir, in vertrauensvoller Abstimmung mit den Ordnungsbehörden für den Ersten Mai nun ergriffen.

Es wurde auf der Kundgebung durch Redebeiträge und Kundgebungsmaterial auf den DGB im positiv kritischen Sinne Bezug genommen! Daher muss ich den Spaltungsvorwurf von Herrn Wolfgang Niclas deutlich zurückweisen.

Es ist natürlich nicht zu leugnen, dass es in Kreisen linker Gewerkschaftsmitglieder deutliche Kritik an dem oft sehr "sozialpartnerschaftlichen" Kurs im DGB gibt. Spätestens seit dem Agenda-2010 Kurs, ist der DGB keine Hochburg oder gar organisatorische Einheit mit der SPD mehr. Dies gilt es auch im Interesse der DGB-Internen Demokratie endlich zu respektieren.



## 14.5. Konstituierung des neuen Erlanger Stadtrats Kundgebung gegen den Einzug der AfD in den Stadtrat

Die Wahl von zwei Kandidaten der AfD in den Erlanger Stadtrat bei der Kommunalwahl 2020 ist ein historischer Einschnitt. Damit sind erstmalig Vertreter einer Partei gewählt worden, die seit ihrer Gründung im rechtsextremen Milieu Deutschlands verwurzelt ist. Das Aktionsbündnis „Gedenken gestalten – HuPfla erhalten“ führte aus diesem Grund am Tag der Neukonstituierung des Stadtrates, dem 14. Mai 2020 auf dem Rathausplatz eine Kundgebung durch. Als Rednerinnen und Redner hatten folgende Erlanger Persönlichkeiten zugesagt: Ehrenbürgerin Dinah Radtke - Ester Limburg-Klaus, Vorsitzende der Jüdischen Kultusgemeinde Erlangen - Isa Paape, Betriebsrätin und IGM-Vertrauensfrau - Toni, Gruppe Antithese - Pfarrer Johannes Mann und Werner Lutz, beide Sprecher des Aktionsbündnisses.

### Werner Lutz hielt folgende kurze Rede:

Die AfD, die sich in Wahlkämpfen gerne den Mantel der Harmlosigkeit und Bürgernähe umhängt – so auch im Erlanger Kommunalwahlkampf – ist bundesweit für die Zunahme des Rechtsextremismus in den letzten Jahren mit verantwortlich. Sie nur als rechtspopulistische Partei zu bezeichnen, reicht längst nicht mehr. Sie ist immer wieder der geistige Brandstifter für rechtsterroristische Anschläge im Land. Und sie steht auch dazu:

- Nach dem Mord an Walter Lübke im letzten Sommer sagte zum Beispiel der Vorsitzende Gauland auf den Vorwurf der geistigen Brandstiftung, daß es seitens der AfD keine rhetorische Abrüstung geben werde.
- Nach dem Mordanschlag in Halle fragt Brandner, ein AfD-Bundestagsabgeordneter aus Thüringen, warum Politiker mit Kerzen in Moscheen und Synagogen «herumlungerten», wo doch nur eine «Deutsche, die gerne Volksmusik hörte», und ein «Bio-Deutscher» die Opfer gewesen seien.
- Zwei Tage vor dem fürchterlichen Mordanschlag in Hanau im März rief der bekennende Nazi und thüringische Landesvorsitzende der AfD, Björn Höcke den Pegida-Anhängern in Dresden zu: "Diese verbrauchten Parteien lösen unser Deutschland auf, wie ein Stück Seife unter einem lauwarmen Wasserstrahl. Drehen wir diesen Wasserstrahl jetzt gemeinsam ab, liebe Freunde."

Jawohl, die AfD ist eine Partei der geistigen Brandstifter, aber auch eine Partei der geistlosen Geisterfahrer. Geisterfahrer deshalb, weil sie dem dringend notwendigen sozialen Fortschritt entgegensteht, der für unser Land durchgesetzt werden muß: 1,5 Millionen Kinder leben von Hartz IV, jeder fünfte Rentner ist von Altersarmut betroffen. Über 1,6 Millionen Menschen sind auf Tafeln angewiesen. Das alles ist ein Ergebnis von 15 Jahren Hartz IV und Agenda 2010. Zu dieser Entwicklung muß es radikale Änderungen geben.

Im AfD-Programm findet man dazu nichts.

